

**Gemeinderat:** Freie Wähler, CDU, SPD und FDP befürworten weiteres Vorgehen beim Bauprojekt „Randentlastungsstraße“ für Großsachsen / GLH lehnt ab / Förderung könnte bei 50 Prozent liegen

# Grundstückseigentümer Zünglein an der Waage

Hirschberg. „Ortsumgehung und Autobahnanschluss Weinheim-Süd sind tot. Es lebe die Randentlastungsstraße.“ So lautet das Fazit der jüngsten Gemeinderatssitzung zum Thema Verkehr im Ortsteil Großsachsen. Die Verwaltung erhielt den Auftrag, mit den Grundstückseigentümern zu reden, ob sie bereit sind Flächen für den Straßenbau herzugeben. Über 100 Eigentümer sind es laut Aussage der Verwaltung, die befragt werden müssen. Während Freie Wähler (FW), CDU, SPD und FDP dem Verwaltungsvorschlag folgten, lehnte die Grüne Liste Hirschberg (GLH) erwartungsgemäß ab.

Sowohl Verwaltung als auch die fünf Fraktionen waren sich angesichts der Bedeutung und der Kosten für diese mögliche Straßenbaumaßnahme einig darin, die Bürger an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Eventuell gibt es einen weiteren Bürgerentscheid.

Bürgermeister Ralf Gänshirt fasste kurz zusammen, was in den vergangenen zwei Jahren bei den Gesprächen mit dem Regierungspräsidium, dem baden-württembergischen Verkehrsministerium sowie mit dem Bundesverkehrsministerium herausgekommen ist. Den Stein ins Rollen brachte der Antrag von CDU, FW, SPD und FDP vom 3. März 2020, die eine mögliche Förderung geklärt haben wollten. Das Ergebnis: Der Autobahnanschluss und die Ortsumgehung zur Entlastung der B 3, die vom Bund zu finanzieren wären, können endgültig ad acta gelegt werden. Einzige Chance bietet eine „Randentlastungsstraße“, die die Gemeinde baut. „Diese sollte aber nicht nur die B 3, sondern den ganzen Ort vom Verkehr entlasten. Folglich müssen Verbindungen zum Ort etwa an der Lobdengaustraße oder am Riedweg geschaffen werden.“

## Umfangreiche Vorarbeiten

Um die Straße, die auf über neun Millionen Euro geschätzt wird, zu realisieren, sind gleich mehrere Voraussetzungen zu erfüllen. Zum einen müssen die benötigten Grundstücke zur Verfügung stehen. Zum anderen muss das Baurecht beispielsweise durch einen Bebauungsplan oder eine Planfeststellung vorliegen. Zudem muss die Finanzierung gesichert sein. Im Falle einer Projektanmeldung durch die Gemeinde muss der Förderantrag innerhalb von drei Jahren gestellt werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Januar des folgenden Jahres. Nach Ablauf der Frist wird das Vorhaben aus dem laufenden Förderprogramm genommen. Rathauschef

Gänshirt geht von einer Förderung von 50 Prozent aus. Unter dem Strich würde diese bedeuten, dass mindestens fünf Millionen Euro an der Gemeinde hängen bleiben. Denn neben Straßenbau entstehen weitere Kosten für Lärmschutz, Ausgleichsmaßnahmen, Gutachten oder Grundstückserwerb. Zu den oben erwähnten 100 Grundstückseigentümern kommen diejenigen hinzu, die von den Anbindungen betroffen wären. Die Zahl der Eigentümer steigt dadurch weiter an, was die Umsetzung noch kompliziert.

Aufgrund der Bedeutung dieses Projekts wiederholte Bürgermeister Gänshirt nochmals die Position der Verwaltung: „Wir werden ein Projekt dieser Größe nicht ohne Bürgerbeteiligung umsetzen. Jetzt reden wir mit den Eigentümern. Danach gibt es eine Entscheidung, die wir in die Hände des Gemeinderats oder in die Hände des Bürgers legen.“

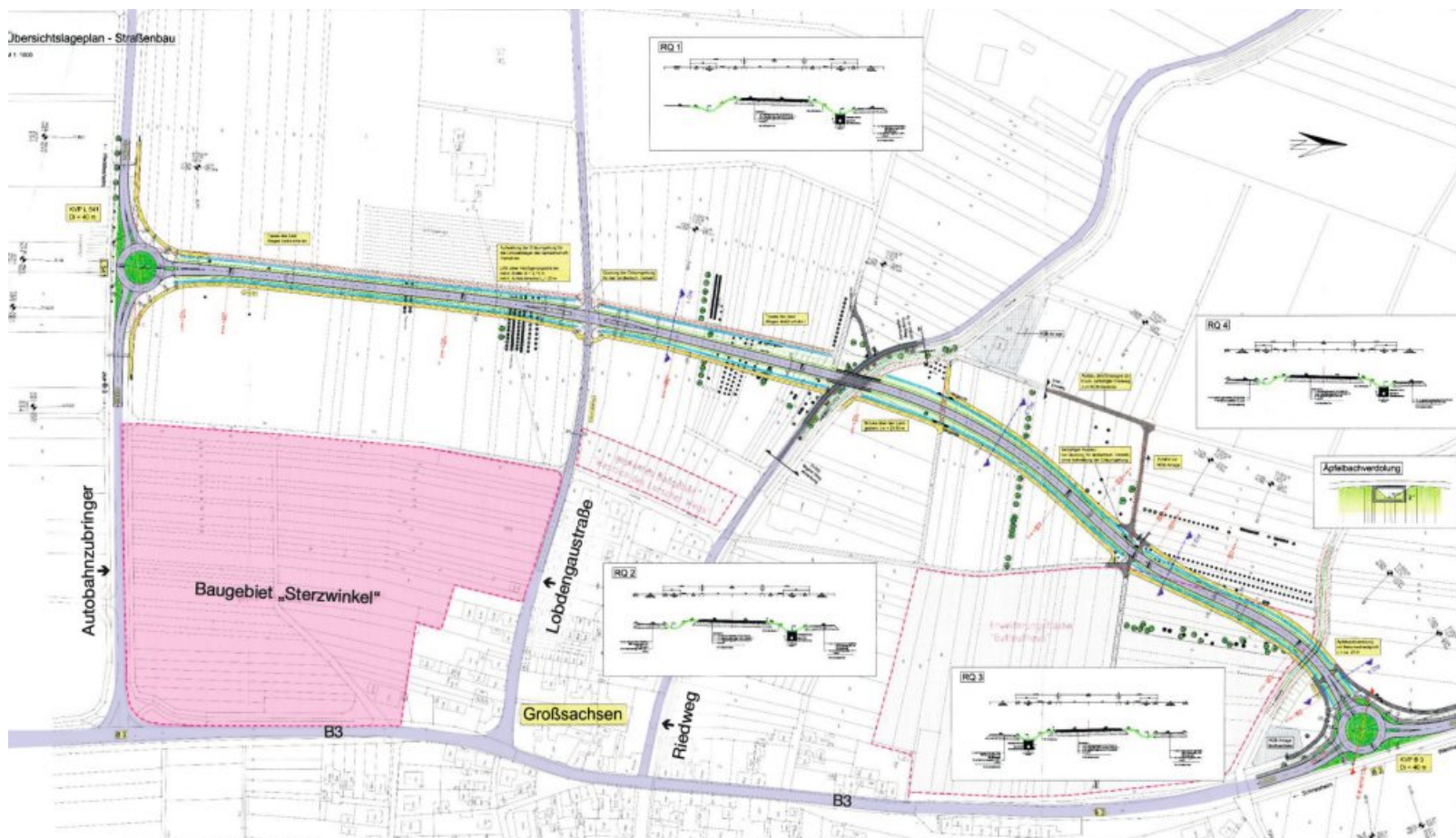
## Endlich herrscht Klarheit

CDU-Fraktionssprecher Christian Würz begrüßte es, dass nun endlich Klarheit herrsche. Demnach sind der Autobahnanschluss und die Umgehungsstraße, die Angelegenheit des Bunds gewesen wären, vom Tisch. „Damit müssen wir leben. Jetzt gibt es die Chance für eine Randentlastungsstraße, die für eine Verbesserung des Verkehrs sorgen soll“, betonte er. Ein Vorteil könnte ja sein, dass künftige Baugebiete daran angeschlossen werden, meinte er. Ganz wichtig war ihm die frühe Bürgerbeteiligung für dieses Thema. „Jetzt kennen wir die Grundlagen. Für die Bürger ist es der erste Aufschlag. Schauen wir, wie sie es annehmen“, ergänzte Würz und hakte nach, ob die Verwaltung bei der Förderhöhe nicht nachverhandeln könnte. „Vielleicht bekommen wir ja 75 Prozent?“, fragte er.

Der Bürgermeister schüttelte den Kopf. „Uns fehlen die Voraussetzungen für eine solche Förderhöhe, wie beispielsweise die Verbesserung des ÖPNV im Ort. Die Vertreter des Regierungspräsidiums haben mir dies klar und charmant deutlich gemacht“, antwortete Gänshirt.

Auch FW-Sprecher Werner Volk begrüßte es, dass nun Klarheit herrsche und man an die Öffentlichkeit gehe: „Ich nenne das mal ne kleine Bürgerbeteiligung. Jetzt hoffe ich auf eine Diskussion in der Bevölkerung, denn jeder weiß, worüber wir reden. Auch über viel Geld.“ Volk stellte auch klar: „Wenn wir keine Grundstücke haben, brauchen wir über nix mehr zu diskutieren.“

SPD-Fraktionssprecher Dr. Thomas Scholz meinte wie sein Vorredner, dass man nun das leidige Ver-



So könnte der Verlauf der Randentlastungsstraße für Großsachsen aussehen. Der Plan stammt von Willaredt Ingenieure GbR. Nach dem Gemeinderatsbeschluss soll die Verwaltung klären, ob die Grundstückseigentümer ihre Flächen hergeben. Über 100 Eigentümer müssen angesprochen werden. BILD: WILLAREDT INGENIEURE GBR



Neuer Anlauf für die Lösung des Verkehrsproblems in Großsachsen. Jetzt soll eine Randentlastungsstraße gebaut werden. Diese würde wegen der Förderung näher am Ort liegen. Im Hintergrund ist der „Sterzwinkel“ zu erkennen. BILD: FRITZ KOPETZKY

kehrsthema, welches seit Jahrzehnten diskutiert wird, endlich entscheiden solle. Ganz wichtig war Scholz die Einbindung der Bürger. Er brachte daher den Bürgerentscheid ins Spiel. Zuvor sollte aber geklärt werden, ob die Grundstückseigentümer überhaupt verkaufen wollen.

FDP-Fraktionssprecher Oliver Reisig begrüßte es ebenfalls, dass nun die Argumente und Fakten auf dem Tisch liegen. „Es ist gut zu wissen, dass viele Varianten wegen der Förderung nicht umsetzbar sind. Was jetzt geschieht, ist, dass wir mit der Straße näher an den Ort herantreten müssen“, ergänzte Reisig

und befürwortete ebenso eine Bürgerbeteiligung.

GLH-Fraktionssprecherin Monika Maul-Vogt wiederholte die ablehnende Position ihrer Fraktion zur Umgehung. „Das Kind hat jetzt mit Randentlastungsstraße einen neuen Namen, das macht die Sache nicht besser – nur teurer, da nun noch

zwei Anbindungen an Ortsstraßen benötigt werden, um Fördergelder zu bekommen.“ Die GLH lehnte aus mehreren Gründen ab. Zum einen werde weiterer Boden versiegelt. Zudem zerschneide die Straße den Zugang zu den Naherholungsräumen in der Ebene, wie zur Villa Rustica, dem Bachufer, auch zu den Aussiedlerhöfen. Zum anderen bestritt Maul-Vogt die erwartete Entlastung: „Der Verkehr aus dem Odenwald durch die Breitgasse wird durch eine Umgehung aber nicht verändert. Profitieren würde vor allem der Verkehr zwischen Weinheim und der Autobahn.“ Ob die Gemeinde angesichts des Sanierungsstaus bei kommunalen Liegenschaften oder notwendiger Investitionen in den Klimaschutz überhaupt Spielraum für ein solches Millionenprojekt habe, wäge sie zu bezweifeln.

Wie die anderen Fraktionssprecher begrüßte sie die frühzeitige Bürgerbeteiligung. Um ein Stimmungsbild einzuholen, könnte eine Präsentation beim Bürgertag sinnvoll sein. Unklar blieb für sie der angestrebte Zeitablauf: „Antragstellung ist möglich bis Oktober eines Jahres – für 2022 wäre das unseres Erachtens sehr sportlich“, gab sie zu bedenken. hr

**Gemeinderat:** Mehrheit spricht sich für die Aufstellung des Bebauungsplans „Westlich der Landstraße I“ aus / Freie Wähler fürchten Probleme bei der Parksituation

# Zwei Flächen an Rosengartenstraße bleiben drin

Hirschberg. Für den Bereich nördlicher Ortseingang Großsachsen bis zum Riedweg/Marktplatz wird nach dem Beschluss des Gemeinderats der Bebauungsplan „Westlich der Landstraße I“ aufgestellt. Zugleich wurde eine Veränderungssperre verhängt, um die Ziele des Plans nicht zu durchkreuzen, solange er noch nicht rechtskräftig ist. Ausgangspunkt für den Plan war vor wenigen Tagen der Vorfall um ein Reklameschild, welches an einem Haus an der B 3 angebracht werden sollte und abgelehnt wurde (wir berichteten).

Während CDU, Grüne Liste Hirschberg (GLH), FDP und SPD der Aufstellung des Bebauungsplans folgten, lehnten die Freien Wähler (FW) ab. Laut Plan sollten nämlich zwei Grundstücke an der Rosengartenstraße miteinbezogen werden. Die zwei Grundstücke, für die es bereits eine Anfrage zur Bebauung gegeben hat, liegen zwar derzeit im sogenannten Außenbereich, jedoch nach dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan innerhalb einer Entwicklungsfläche zur Wohnbau-



Zwei Flächen an der Rosengartenstraße in Großsachsen (links) werden im Bebauungsplan „Westlich der Landstraße I“ berücksichtigt. Die Freien Wähler lehnten dies im Hirschberger Gemeinderat ab. BILD: FRITZ KOPETZKY

ung. Die Freien Wähler wollten vor allem die prekäre Parksituation in der Rosengartenstraße nicht noch weiter verschärfen, argumentierte Jörg Mayer.

Fraktionschef Werner Volk und

FW-Gemeinderat Alexander May schlugen stattdessen einen „vorhabenbezogenen Bebauungsplan“ für diese zwei Grundstücke vor. „Wenn wir weiter unten in dem Bereich bauen, hätte dies auch Folgen für

oben. Das wäre dann ein klassischer Präzedenzfall“, warnte Volk.

Rathauschef Ralf Gänshirt und die Vertreter der anderen Fraktionen teilten diese Ansicht nicht: „Wir hätten mit einem Bebauungsplan klare Regeln. So haben wir dort alles in der Hand“, betonte er. CDU-Gemeinderat Thomas Götz erachtete das Vorgehen ebenfalls als richtig und verstand die Bedenken der Freien Wähler nicht. „Die zwei Flächen sind ohnehin im Flächennutzungsplan drin. Das wäre eine sinnvolle Arrondierung“, ergänzte Götz und konnte sich für die Flächen eine Bebauung mit betreutem Wohnen oder altersgerechtem Wohnen gut vorstellen.

Auch GLH-Gemeinderat Karlheinz Treiber begrüßte die Planaufstellung. „Ich wecke doch mit dem Aufstellen keine Begehrlichkeiten eines Bauwilligen. Viel wichtiger ist doch, dass wir jetzt alles festlegen“, sagte er und stimmte zu.

SPD-Fraktionssprecher Dr. Thomas Scholz befürwortete ebenfalls die Aufstellung eines Bebauungsplans und das Einbeziehen der zwei

Grundstücke. Auch FDP-Fraktionssprecher Oliver Reisig folgte den Argumenten der Freien Wähler nicht. „Wir stellen einen Bebauungsplan auf und sagen, welche Entwicklung wir zulassen wollen.“ Am Ende lehnten die Freien Wähler als Einzige die Aufstellung des Bebauungsplans ab. Der Veränderungssperre stimmten sie hingegen zu.

## Firma Schnell erhält Auftrag

Die Firma Josef Schnell GmbH aus Ladenburg liefert bei den Tiefbauarbeiten seit Jahren „gewohnt gute Qualität“.

Folglich wurde der Vertrag, der zum 28. Februar 2022 endet, um zwei Jahre verlängert. Der Hirschberger Gemeinderat stimmte dem Verwaltungsvorschlag zu.

Zudem wurde die Verwaltung ermächtigt, bis auf Weiteres bei zukünftigen Ausschreibungen des Jahresvertrags den Auftrag nach Prüfung aller Zuschlagskriterien an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Das geschätzte Auftragsvolumen pro Jahr liegt zwischen 250 000 und 300 000 Euro. hr

## RATSTHEMEN

### Flexibler Waldkindergarten

Hirschberg. Der Gemeinderat befürwortete den neuen Betriebskostenvertrag mit der AWO für den Waldkindergarten am Kohlbach. Seit der Eröffnung zum 1. März 2016 wurde der Kindergarten mit zwei Ganztagsgruppen betrieben. Aktuell gehen 29 Kinder dorthin. Allerdings war die Einrichtung in den vergangenen zwei Jahren nicht ausgelastet. Jetzt reagiert die AWO darauf und wandelt eine Ganztagsgruppe in eine Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten um. Für die geplante Öffnungszeit von sieben Stunden pro Tag gelten die Elternbeiträge für eine Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten. Die Änderung erfolgt zum 1. September. hr

### Charme wie „Industriegebiet“

Hirschberg. Ein Nachbar des evangelischen Kindergartens in Leuterhausen kritisiert in der Fragezeit für Einwohner die Fassade: „Die weiße Wand hat den Charme eines Industriegebiets. Früher waren hier mal Fenster geplant.“ Die Entscheidung zum Gebäude sei zwar schon gefallen, dennoch bat Bürgermeister Ralf Gänshirt den Mann um Vorschläge. Ein eingezeichnetes Fenster könnte dies auflockern, lautete seine Antwort. hr